

Rede, gehalten von Jörg-Thomas Alvermann, Elternrat DreiKäseHoch, Aktionsbündnis der Düsseldorfer Elterninitiativen, Demonstration am 05.05.2007 in Düsseldorf

Liebe Kinder, liebe Erzieher und Erzieherinnen, liebe Eltern und Großeltern !

Im Namen des Aktionsbündnisses der Düsseldorfer Elterninitiativen danke ich Euch dass Ihr unserem Aufruf gefolgt seid. Gut dass Ihr heute mit uns gegen die geplanten Verschlechterungen für Kinder, Erzieher und Eltern in NRW demonstriert.

Als Vater eines 5-jährigen Sohns´ und Mitglied einer Elterninitiative werde ich hier eine kurze Bewertung der vorliegenden Konsensvereinbarung und des Referentenentwurfs, der auf diese Vereinbarung folgte, aus Elternsicht vornehmen.

Neben den großen Institutionellen Trägern wie den Kommunen, den Kirchen und den Wohlfahrtsverbänden gründen Eltern in NRW seit gut 25 Jahren auf Eigeninitiative Kindergärten und Kindertagesstätten um den Mangel an guten Betreuungsplätzen für unsere Kinder zu beheben.

In einer Elterninitiative übernehmen Eltern die Trägerrolle, die Verantwortung für Personal und Finanzen, deshalb wissen wir genau, wie sich Gesetzesänderungen in unseren Einrichtungen auswirken. Wie in vielen anderen Städten im Lande haben sich die Elterninitiativen in Düsseldorf zu einem Aktionsbündnis zusammen geschlossen um über die Auswirkungen zu beraten.

Dies ist kein exklusiver Club für Elterninitiativen: Eltern und Erzieher aus anderen Einrichtungen sind uns herzlich willkommen.

Durch das neue Gesetz sind viele Elterninitiativen in ihrer Existenz bedroht.

Aber auch für die meisten anderen Einrichtungen im Land wird es zu Verschlechterungen kommen.

- Warum macht man ein neues Gesetz, wenn es dadurch zu Verschlechterungen kommt ?

- Was ist so falsch an dem bestehenden Gesetz, dem GTK, das jetzt ein KIBIZ kommen muss ?

Die Antwort lautet: Es geht einzig und allein um´s Geld.

1. Die konfessionellen Träger sollen entlastet werden. Ihr Trägeranteil wird von 20% auf 12 % gesenkt um den Bestand ihrer Einrichtungen zu sichern. Das macht rund 110 MIO Euro aus. Ich weise kurz auf diesen Sachverhalt hin, da es heißt, dass das Land den Haushalt für die Kinderbetreuung erhöht. Hier handelt es nur um Geld zur Entlastung der Kirchen, also um Bestandssicherung.
Es kommt durch diese Erhöhung kein Euro mehr bei unseren Kindern an.
2. Zur Zeit bekommen alle Kita´s, egal welcher Träger, für ihre Sachkosten eine Pauschale. Über die Mietkosten und die notwendigen Personalkosten wird spitz abgerechnet, d.h. die Kosten werden jeweils exakt abgerechnet. Die Kita´s müssen ihre Abrechnung innerhalb einer Ausschlussfrist bis zum 30.4. des Folgejahres beim Jugendamt abgeben. Aber offenbar ist das Familienministerium nicht in der Lage die zukünftigen Kosten für das Haushaltsjahr vernünftig abzuschätzen, und offenbar sind die Städte und Kommunen nicht in der Lage die Abrechnungen zeitnah zu prüfen und an das Land weiterzugeben.
Es kommt zu nachträglichen Zahlungen des Landes an die Kommunen, der sogenannten „Bugwelle“.

Deshalb hat der Familienminister Ärger mit seinem Finanzminister bekommen. Und ist auf die geniale Idee gekommen, einfach Pauschalen festzulegen. Dann weiß das Land, was es zahlt, und die Kita's können sehen wie sie mit dem Geld klarkommen. Das Land ist das Planungsrisiko los, stattdessen tragen nun die Kita's das Risiko dafür, dass sie mit den Pauschalen auskommen.

Aber: Kitaplätze sind eben nicht überall gleich teuer. Und das liegt auch nicht daran, dass der Träger irgendwie schlecht wirtschaftet.

Mieten sind unterschiedlich hoch – je nachdem ob die Kita in der Innenstadt einer Großstadt liegt oder auf dem platten Land. Personal ist nach dem öffentlichen Tarifvertrag unterschiedlich teuer – je nachdem ob das Personal älter, verheiratet oder mit Kindern ist, oder jung, ledig und kinderlos.

Liebe Eltern, liebe Erzieher und Erzieherinnen, schaut euch mal die Alterstruktur des Personals in eurer Kita an, dann wisst ihr, wie stark die Gruppen in Zukunft überbelegt werden müssen um mit den Pauschalen auszukommen. Oder wie viel Personal entlassen werden muss.

Durch zu niedrig angesetzte Pauschalen für die Personalkosten werden Einrichtungen mit älterem Personal schlechter gestellt.

Und nur durch Überbelegung oder Entlassungen können die meisten von uns ihre Einrichtungen noch finanzieren.

Bisher war es für eine Kita eine Qualitätsauszeichnung, wenn sie eine konstante Personalpolitik mit erfahrenen Kräften vorweisen konnte, in Zukunft ist dies ein Finanzierungsrisiko.

Resümee Pauschalen: Wegen eines Abrechnungsproblems wird über Pauschalen für Personalkosten der geltende Mindeststandard untergraben und ausgehöhlt.

Wir fordern:

Beibehaltung der Spitzabrechnung bei Mieten und Personalkosten!

Tatsächlich sind schon die Standards nach dem Konsens völlig unzureichend, vor allem bei der Betreuung der Allerkleinsten, der Kinder unter 3 Jahren. Hier soll ganz klar Quantität auf Kosten der Qualität geschaffen werden.

Es wird jetzt Kleinkindergruppen mit 2 Erziehern und mindestens 10 Kindern geben. Wenn einer wickelt muss der andere 9 Kleinkinder allein betreuen.

In einer Kitagruppe sollen nach dem Konsens statt bisher 20 Kindern im Alter zwischen 3 und 6 Jahren nun 20 Kinder zwischen 2 und 6 Jahren bei gleichem Personalschlüssel betreut werden.

Die Betreuung von Schulkindern in Horten ist im Konsens nicht vorgesehen.

Wir als Eltern in diesem Land müssen ganz klar sagen:

- **Das ist nicht unser Konsens!**
- **Das ist ein fauler Kompromiss.**
- **Wenn man kein besseres Gesetz als das Bestehende für unsere Kinder machen kann, sollte man als verantwortungsbewusster Politiker oder Trägerverband beim alten Gesetz bleiben.**

Ich betone dies, damit niemand glaubt, dass es eine gute Nachricht ist, wenn er nächste Woche in der Zeitung liest: Der Minister rudert zurück und will sich nun doch an die Konsensvereinbarung halten.

Aber der Konsens ist noch nicht einmal der Konsens derjenigen, die ihn beschlossen haben.

Ich zitiere hier Fritz Schramma, Oberbürgermeister der Stadt Köln und seines Zeichens Präsident des Städtetags:

>Als Luftbuchungen bezeichnete Schramma den Ansatz, dass Elternbeiträge 19 Prozent der Kindergartenkosten abdecken sollen. Im Landesdurchschnitt würden nur 13 Prozent erreicht. Schramma sagte, wenn es bei 19 Prozent bliebe, müssten „die Elternbeiträge für Besserverdiener drastisch erhöht werden“. Er räumt ein, dass die Städte diesen Prozentsatz im Konsens akzeptiert hatten.>(zitiert nach Kölner Stadt Anzeiger, 25.04.07)

Der Konsens ist also auch auf der Einnahmenseite nichts weiter als eine Milchmädchenrechnung.

Wie die Luft aus der Buchung dann entweicht, können wir uns ja inzwischen vorstellen: die Elternbeiträge werden um 6 Prozent erhöht. Auch das kann sich jeder von uns selbst ausrechnen: wir zahlen jeder noch einmal knapp die Hälfte des jetzigen Beitrags dazu.

Die Elternbeiträge in NRW sind jetzt schon zu hoch.

Für die Elternbeiträge kann es nur eine Richtung geben: nach unten!

Die Förderung und Betreuung kleiner Kinder in Kindergärten ist Teil des Generationenvertrags und muss von der Gemeinschaft finanziert werden.

Der Konsens ist ein faules Ei aus dem ein flügellahmer KiBiz geschlüpft ist. Ein deformierter Entwurf, den jetzt so keiner angeblich gewollt hat.

Wir fordern die verbindliche Festlegung von Gruppengrößen und Personalschlüsseln, die eine gute Betreuung, Erziehung und Förderung unserer Kinder ermöglichen.

Wir fordern, dass jede Einrichtungen das Geld bekommt, um diese Personalschlüssel zu erfüllen – und zwar auch dann, wenn dort zufällig mehr ältere und damit teurere Mitarbeiter beschäftigt werden.

Wir fordern, dass jede Einrichtung die erforderlichen Vertretungskräfte finanzieren kann, wenn eine Erzieherin ausfällt. Die Kinder können nichts dafür, wenn eine Erzieherin längere Zeit erkrankt.

Wir fordern, dass die Erzieherinnen neben der Arbeit in der Gruppe genug Zeit haben, um Projekte vorzubereiten, die Fortschritte jedes einzelnen Kindes zu dokumentieren und Konzepte für die Förderung jedes Kindes zu entwickeln und Elterngespräche zu führen.

Wir fordern, dass Geld für die Fortbildung der Erzieher und Erzieherinnen zur Verfügung steht und auch tatsächlich dafür eingesetzt wird.

Wir fordern eine bessere Qualität der Kitas und eine bessere Betreuung, eine bessere Förderung unserer Kinder. Und das bedeutet nicht nur Sprachförderung, sondern die Förderung und Entdeckung aller Begabungen eines Kindes in allen Bereichen.

Wir fordern ein Gesetz für unsere Kinder, kein Gesetz für den Finanzminister, kein Gesetz, das wirtschaftliche Risiken auf die Kitas abwälzt und unseren Kinder schadet.

Und ich wünsche mir als Vater in NRW, dass ich nicht Samstag Nachmittags mit anderen Eltern demonstrieren muss, um von einem Mann, der sich Familienminister nennt, Dinge zu fordern, die für ihn eigentlich selbstverständlich sein sollten.

Nun zum KiBiz

Auf alle Schwachpunkte, Mängel und Verfehlungen dieses Gesetzes und die daraus resultierenden Folgeschäden für uns kann ich hier gar nicht eingehen. Ich habe einfach nicht die Kondition eines Fidel Castros, der in seinen besseren Tagen 6-stündige und auch längere Reden halten konnte. Und soviel Zeit bräuchte man, um den ganzen Unfug in diesem Entwurf zu erläutern.

Ich nenne nur den folgenden Punkt:

§ 26 Der Ermächtigungsparagraph

Der Referentenentwurf ermächtigt die oberste Landesjugendbehörde in Zukunft die weitere Finanzierung, sprich die Höhe der Pauschalen festzulegen, auch Mietpauschalen festzulegen. Diesmal wurden schon wir Eltern und Erzieher nicht beteiligt, beim nächsten Mal ist dann die Meinung von Kommunen, Kirchen und freien Trägern auch nicht gefragt. Und noch nicht einmal der Landtag wird über Standards und Qualität mitentscheiden. Mitentscheiden tut dann nur der Finanzminister.

Die Machart und die Folgen dieses Gesetzentwurfes werfen die Frage auf, wozu wir in NRW überhaupt ein Familienministerium brauchen, wenn es nur ums Geld und nie um Kinder oder Familien geht. Man sollte das Ministerium hier direkt mit dem Finanzministerium zusammenlegen. Vielleicht haben wir ja Glück und der Finanzminister hat mehr Skrupel im Umgang mit unseren Kindern.

KiBiz, das heißt : niedrige Standards, falsche Berechnungsgrundlagen, Förderung nach Kassenlage, falsches Bildungsverständnis, Qualitätsabbau bei der Betreuung, Demotivierung der Erzieher, das Land stiehlt sich aus der Verantwortung, Enteignung von Trägern, Träger dürfen Eltern Sonderzahlungen abverlangen, Mehrbelastung der Eltern im Lande, und, und, und

Ich mach es kurz und zitiere die evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen.

Die Ziele des Gesetzes werden zunächst gelobt, doch dann heißt es:

„In der konkreten Umsetzung dieser Ziele versagt der Gesetzentwurf jedoch auf der ganzen Linie.“

Mein lieber Herr Minister Laschet,
vielleicht hätten sie jemanden fragen sollen der etwas davon versteht!

Vielleicht fangen Sie endlich damit an Ihre eigene Koalitionsvereinbarung zu erfüllen und führen Gespräche mit uns Eltern und Erziehern.

Noch ist es Zeit genug, um Schaden von den Kindergärten und Kindertagesstätten im Land abzuwenden.

Schön wäre es, wenn dann nicht nur über Geld geredet würde, sondern über die Bedürfnisse und Lebensbedingungen der jüngsten Bürger in diesem Land:
von und über unsere Kinder.

Danke für Eure Aufmerksamkeit.

Text: Jörg-Thomas Alvermann und Cornelia Wendel